

Stodieck, Helmut

Article — Digitized Version

Tapferkeit in Maßen: Zu den restriktiven Maßnahmen der Bundesregierung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Stodieck, Helmut (1970) : Tapferkeit in Maßen: Zu den restriktiven Maßnahmen der Bundesregierung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 8, pp. 488-490

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134158>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Tapferkeit in Maßen

Zu den restriktiven Maßnahmen der Bundesregierung

Dr. Helmut Stodieck, Hamburg

Tut um Gottes willen etwas Tapferes! Unter diesem Zwingli-Wort könnte die Kabinettsitzung gestanden haben, zu der Kanzler und Minister der sozial-liberalen Koalition am 6./7. Juli in Bonn zusammentraten. Angesichts der „christlichen“ Erfolge in den vorangegangenen Landtagswahlen und der nach wie vor angespannten Wirtschaftslage sah sich die Bundesregierung genötigt, zusätzliche Maßnahmen zur Abwehr weiterer Preis- und Kostensteigerungen zu ergreifen. Den Kern ihres Stabilisierungsprogramms bilden

- die vorübergehende Aussetzung der degressiven Abschreibung für bewegliche Investitionsgüter und Wirtschaftsbauten sowie
- die zeitweilige Erhebung eines später rückzahlbaren oder anrechenbaren Zuschlags zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Notwendige Akzentverschiebungen

Mit diesen Maßnahmen wird einerseits die Geld- und Kreditpolitik der Bundesbank entlastet und andererseits – innerhalb der Fiskalpolitik – eine Akzentverschiebung von der Ausgabenpolitik auf die Steuerpolitik vorgenommen. Beide Gewichtsverlagerungen waren unumgänglich. Wieder ein-

mal drohte die Restriktionspolitik der Notenbank durch massierte Zuflüsse von Auslandsgeld durchkreuzt zu werden. Erst durch die Regierungsmaßnahmen wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß man die internationalen Nebenwirkungen einer Hochzinspolitik wieder stärker beachten konnte. Wie dringlich die Bundesbank auf eine Erweiterung ihres kreditpolitischen Spielraumes wartete, zeigte sich daran, daß sie nur wenige Tage nach der Bonner Entscheidung den Diskont- und den Lombardsatz um jeweils einen halben Punkt senkte.

Zweifellos ungeeignet als alleiniges Mittel staatlicher Konjunkturpolitik ist auf die Dauer auch die Einschränkung öffentlicher Investitionsausgaben. Weitere Engpässe im Bereich der Infrastruktur mit all ihren wachstumshemmenden Effekten wären die unvermeidliche Folge.

Daß sich die Bundesregierung mit ihrer – lang erwarteten – Entscheidung für konjunkturpolitisches Handeln zu „etwas Tapferem“ durchgehen hatte, war schon bald aus den Reaktionen der Öffentlichkeit zu ersehen. Während im Ausland z. B. der Konjunkturausschuß der Europäischen Gemeinschaften die Maßnahmen als Fortschritt kennzeichnete und der Währungsausschuß der OECD sie ausdrücklich begrüßte, standen im deutschen Lager Unternehmer, Gewerkschaften und Opposition dem Programm der Regierung vielfach sehr kritisch gegenüber. Sie alle hatten seit Monaten die Regierung zu konjunkturpolitischer Aktivität aufgefordert. Sie alle wußten, welche Instrumente das Stabilitätsgesetz für derartige Phasen konjunktureller Überhitzung vor-

Helmut Stodieck, 31, Dr. rer. pol., Dipl.-Volkswirt, ist Mitarbeiter in der Abteilung „Konjunktur“ des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg. Seine Arbeitsgebiete sind u. a. Rohstofffragen und Konjunkturprobleme der BRD.

sieht. Dennoch schienen sie etwas anderes – und je nach der eigenen Interessenlage Unterschiedliches – erwartet zu haben.

Voreilige Vorwürfe

Die CDU/CSU-Opposition kritisierte die konjunkturendämpfenden Maßnahmen als verspätet und unzureichend: verspätet, weil man das Stabilitätsprogramm Wirtschaftsminister Schillers zu lange blockiert und verschleppt habe, unzureichend, weil es an einer angemessenen Neuorientierung der Haushaltspolitik fehle. Insbesondere die Anhebung des Haushaltsvolumens für 1971 um rd. 12 % muß nach Ansicht der Oppositionssprecher als „schriller Mißton in der neuen Stabilitätsmelodie“ gewertet werden. Dabei scheint man jedoch gleich zwei wesentliche Punkte im Eifer der ersten Stellungnahmen übersehen zu haben:

Einmal handelt es sich um das Budget des Jahres 1971, also um die staatliche Ausgabenplanung für einen Zeitraum, der keineswegs mehr im Zeichen konjunktureller Überhitzung stehen muß. In jüngster Zeit werden immer deutlicher Tendenzen erkennbar, die auf eine Beruhigung der laufenden Nachfrage – bei allerdings sehr hohen Auftragsbeständen – hindeuten. Durch die Auswirkungen der nunmehr beschlossenen Dämpfungsmaßnahmen dürften sie noch verstärkt werden, so daß für 1971 bereits mit einer merklichen Entspannung der Angebots-Nachfrage-Situation zu rechnen ist.

Zum anderen muß den Kritikern der Opposition entgegengehalten werden, daß es ja erklärtes Ziel der Regierung ist, die wachstumsnotwendigen Investitionsausgaben des Staates nicht länger unter konjunkturellen Aspekten zurückzustellen. Für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur vor allem in den Bereichen Bildung und Wissenschaft sowie im Verkehrs- und Gesundheitswesen sind überdurchschnittliche Ausgabensteigerungen unaufschiebbar. Durch Umstrukturierungen im Rahmen des gegenwärtigen Haushaltsvolumens lassen sie sich nicht realisieren, zumal auch die Personalausgaben im Zuge der allgemeinen Einkommensentwicklung und der steigenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Staatssektors kräftig zunehmen.

Unsichere Effekte

Aus überwiegend langfristigen, wachstumspolitischen Erwägungen hat die Bundesregierung für das kommende Jahr eine relativ starke Erhöhung der öffentlichen Ausgaben vorgesehen und sich in konjunkturpolitischer, kurzfristig orientierter Sicht für eine vorübergehende Dämpfung der privaten Nachfrage entschieden.

„Eindämmung der nicht-öffentlichen Nachfrage ... bedeutet“ aber, wie Schiller am 10. Juli vor dem Bundestag ausführte, „Investitionsaufschub und Abschöpfung von Kaufkraft im privaten Bereich“. Ob sich dies mit der Aussetzung der degressiven Abschreibung und dem Zuschlag zur Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer tatsächlich zufriedenstellend erreichen läßt, ist nur schwer abzuschätzen. Präzedenzfälle für gleichartige Maßnahmen einer fiskalpolitischen Restriktionspolitik liegen nicht vor. Unbestritten ist jedoch, daß die Maßnahmen tendenziell dazu beitragen dürften, die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wieder in ruhige Bahnen zu lenken. Mit anderen Worten: Die Richtung, in der die Maßnahmen wirken, ist bekannt, Unsicherheit besteht nur hinsichtlich ihres quantitativen Effekts.

Nach Schätzungen des Bundeswirtschaftsministeriums wird der befristete Steuerzuschlag bis Ende Juni 1971 private Kaufkraft in Höhe von rd. 5 Mrd. DM binden. Von der zeitweiligen Aussetzung der degressiven Abschreibungsmöglichkeiten erwartet man, daß die Unternehmer bis zum 31. Januar 1971 etwa 3 bis 4 Mrd. DM weniger Investitionsgüter nachfragen werden, als ursprünglich geplant. Doch lassen diese Berechnungen noch keinen Schluß auf den tatsächlichen Dämpfungseffekt in den nächsten Monaten zu. Die weitere konjunkturelle Steigerung des privaten Verbrauchs wird nämlich sicher nicht im Ausmaß der zusätzlichen Steuereinnahmen eingeschränkt werden. Je stärker die privaten Haushalte auf den vorübergehenden Einkommensentzug mit einer Verminderung ihrer disponiblen Spartätigkeit reagieren, desto weniger wird die künftige Expansion der Verbrauchsausgaben beeinträchtigt werden. Ähnlich ungewiß ist der Entspannungseffekt der Abschreibungsänderungen. Im zweiten Halbjahr 1970 werden die Ausgaben für gewerbliche Investitionen voraussichtlich noch kaum tangiert, da sie das Ergebnis früherer Dispositionen sind. Außerdem dürften die Maßnahmen, die unmittelbar nur die laufende Auftragsvergabe der Unternehmer berührt, erst dann konjunkturpolitisch voll greifen, wenn der gegenwärtig noch sehr hohe Auftragsüberhang in stärkerem Maße geschrumpft ist.

Erhöhtes Risiko

Jenseits der quantifizierbaren direkten Wirkungen haben die neuen Maßnahmen jedoch Bedeutung als Signal. Nach monatelangem Zögern hat die Regierung durch ihren Beschluß endlich zum Ausdruck gebracht, daß sie einem weiteren Preis- und Kostenauftrieb nicht länger „in staatsmännischer Tatenlosigkeit“ zusehen wird. Noch im Ende Mai vorgelegten Nachtrag zum Jahreswirtschaftsbericht hatte sie – wie bei zahlrei-

chen anderen Gelegenheiten — lediglich verbal betont, „daß sie Geldwertstabilität und hohen Beschäftigungsstand nach wie vor für gleichrangige Ziele“ halte und nicht zögern werde, gegebenenfalls ihre Stabilitätspolitik zu verschärfen. Von derartigen Maßhalteappellen konnte sie jedoch — spätestens seit den Erfahrungen der Regierung Erhard in den Jahren 1965/66 — kaum noch Erfolge erhoffen. Jetzt hat sie entsprechend der Regel gehandelt, im Falle von Zielkonflikten dem jeweils am meisten gefährdeten Ziel der Konjunkturpolitik temporär Priorität einzuräumen.

Angesichts der anhaltenden Tendenzen zur Beruhigung der laufenden Nachfrage bedeuten die restriktiven Maßnahmen sicherlich ein erhöhtes Risiko für die Aufrechterhaltung von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung im nächsten Jahr. Doch blieb der Regierung in der gegenwärtigen Spätphase des Booms schwerlich eine andere Möglichkeit, wenn sie der — z. B. aus den USA bekannten — Gefahr einer von der laufenden Nachfrageentwicklung losgelösten Preis- und Kostensteigerung entgegenwirken wollte.

Hierin liegt offenbar auch der Grund für die kritische Reaktion sowohl der Gewerkschaften wie der Unternehmer: Die Gewerkschaften fürchten, bei den kommenden Tarifverhandlungen nicht die gewünschten Lohnerhöhungen ohne Gefahr für die Arbeitsplätze durchsetzen zu können, und die Unternehmer bangen um die Möglichkeit, die Kostensteigerung wie bisher über Preisanhebungen weitgehend auf ihre Abnehmer — und damit letztlich auf die Endverbraucher — überwälzen zu können. Beide Gruppen sehen ihren Aktionsbereich durch die staatlichen Maßnahmen eingeengt, ihren Spielraum für Lohn- bzw. Preiserhöhungen verringert. Sie schrecken heute vor dem zurück, was sie gestern noch lautstark, wenn auch mit sehr einseitigem Gewicht, von der Regierung gefordert haben. Denn was anderes als die Anwendung des Stabilitätsgesetzes konnten die Gewerkschaften letztlich erwarten, als sie Preisstabilität — im Extremfall bis hin zum Preisstopp — verlangten, und was die Unternehmer, als sie ihren Tarifpartnern Zurückhaltung bei den Lohnforderungen — bis hin zur strikten Lohnpause — empfahlen? Beide sprachen

von Stabilität, dachten dabei aber ganz offenbar nur an ein Stillhalten der Gegenpartei.

Einseitige Kritik der Interessentengruppen

Ein Stabilisierungsprogramm, das die Belastungen und Risiken — unter Berücksichtigung sozialer Belange — möglichst auf alle Teile der Gesellschaft zu verteilen sucht, mußte naturgemäß bei den großen Interessengruppen auf Kritik stoßen. Die Gewerkschaften erheben den Vorwurf, die Stabilitätspolitik solle wieder einmal auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. Sie vergessen, darauf hinzuweisen, daß die Steuervorauszahlung wegen der Freigrenze rund 14 Millionen Lohnsteuerpflichtige gar nicht berührt, andererseits Selbständige und Unternehmer aber durchaus betroffen werden. Ebenso wenig haltbar ist der Einwand, die vorgelegten Maßnahmen belasteten vor allem die Investitionstätigkeit und damit die wichtigste Stütze des wirtschaftlichen Wachstums. Diese einseitige Unternehmer-Argumentation geht darüber hinweg, daß eben auch die betroffenen Arbeitnehmerereinkommen durch den Steuerzuschlag vorübergehend gekürzt werden und außerdem der Nachfrageüberhang wie der überdurchschnittliche Preisauftrieb gerade bei den Investitionsgütern eine Nachfragedämpfung angebracht erscheinen lassen.

Die Stabilisierungsmaßnahmen des Staates sollen die Erwartungen und Verhaltensweisen innerhalb der Gesellschaft so beeinflussen, daß Gewerkschaften wie Unternehmern kein Raum für Inflationspsychosen bleibt. Dieser Wandel läßt sich — bei dem gegenwärtigen Grad an Instabilität — nur durch eine merkliche Konjunkturabkühlung erreichen. Das Restriktionsprogramm der Bundesregierung war ein „tapferer“ Schritt in diese Richtung. Doch Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit: Die jetzt ergriffenen Maßnahmen sollen gemildert oder rückgängig gemacht werden, falls die konjunkturelle Situation sich schneller entspannt, als erwartet und ein Abgleiten in die Rezession droht. Darüber zu entscheiden wird allerdings nicht weniger schwierig sein als der Beschluß, durch Steuerzuschlag und Änderung der Abschreibungsmöglichkeiten dämpfend einzugreifen.

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH • 2 HAMBURG 20 • EPPENDORFER LANDSTRASSE 106